*Forum israelischer Rechtsprofessor*innen für Demokratie*

Eine zusammenfassende Stellungnahme zu dem von der 37. israelischen Regierung vorgeschlagenen radikalen Regimewechsel

Veröffentlicht am 20. Januar 2023 [*]

Die neue israelische Regierung bringt derzeit eine Reihe von weitreichenden Verfassungs- und Rechtsänderungen auf den Weg. Die Analyse dieser Vorschläge durch das *Forum israelischer Rechtsprofessor*innen für Demokratie* kommt zu dem Ergebnis, dass ihre Annahme dem demokratischen System Israels unumkehrbaren Schaden zufügen wird.

- Im Mittelpunkt der aktuell vorgeschlagenen Änderungen stehen mehrere Änderungen der israelischen Grundgesetze, die folgende Ergebnisse erzielen wollen:

1. **Gewährung absoluter Kontrolle der Mehrheit im israelischen Parlament – der Knesset (d.h. der Koalition) – über die Ernennung von Richter*innen an allen Gerichten**. Die vorgeschlagene Gesetzgebung ändert die Zusammensetzung des richterlichen Auswahlausschusses und gewährt der Koalition eine automatische Mehrheit bei der Entscheidung über die

[*] Wir, die Mitglieder des *Forums israelischer Rechtsprofessor*innen für Demokratie*, vertreten unterschiedliche akademische Auffassungen zu den Einzelheiten der von der 37. israelischen Regierung vorgeschlagen Reformen, die das demokratische System Israels verändern wollen. Wir sind uns jedoch einig, dass die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen in ihrer Gesamtheit der Rechtsstaatlichkeit und dem demokratischen Charakter Israels schweren Schaden zufügen werden. Sie stellen einen beispiellosen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz, der Generalstaatsanwaltschaft und der Rechtsberater*innen der Regierung, der Polizei, des Militärs und des öffentlichen Rundfunks dar. Wir haben uns diesem *Forum* angeschlossen, um in dieser entscheidenden Zeit unsere professionelle Meinung öffentlich zu machen. Die von uns erstellten Positionspapiere oder andere professionelle Veröffentlichungen spiegeln die vorherrschende Position der Mitglieder wider, auch wenn sie nicht einstimmig angenommen wurden. Die Liste der Mitglieder des Forums und alle Positionspapiere in unserem Namen sind hier zu finden. https://lawprofsforum.wixsite.com/home. Folgen Sie uns auf Twitter: https://twitter.com/lawprofsforum. Kontaktieren Sie uns: lawprofessorsforum@gmail.com.

Ernennung von Richter*innen. **Diese Änderung höhlt die Unabhängigkeit der Justiz aus, schadet der Professionalität der Richter*innen und wird zu einer Politisierung juristischer Prozesse führen.**

2. **Abschaffung einer wirksamen gerichtlichen Überprüfung der Gesetzgebung der Knesset**. Nach der vorgeschlagenen "Reform" könnte der Oberste Gerichtshof Israels (der zugleich als das Verfassungsgericht fungiert) ein Gesetz **nur** dann für verfassungswidrig (d.h. im Widerspruch zu den israelischen Grundgesetzen oder Verfassungsgrundsätzen stehend) und damit für nichtig erklären, wenn **alle** Mitglieder des Gerichtshofs dies einstimmig entscheiden (oder, nach einer anderen Version, mit einer Mehrheit von 80 %, d.h. 12 der 15 Richter*innen). Außerdem könnte die Regierung mit ihrer Koalitionsmehrheit in der Knesset die richterliche Entscheidung über die Nichtigkeit eines Gesetzes außer Kraft setzen. Darüber hinaus sollen Grundgesetze gegen eine richterliche Überprüfung immun werden, unabhängig von ihrem Inhalt. **Diese Änderungen werden die Fähigkeit des Obersten Gerichtshofs, Menschenrechte und demokratische Grundprinzipien zu schützen, drastisch beeinträchtigen.**

3. **Abschwächung der gerichtlichen Überprüfung der ausführenden Gewalt der Regierung und ihrer Minister*innen.** Nach den neuen Gesetzentwürfen könnte selbst eine klar vorliegende Unangemessenheit von Entscheidungen der Regierung, der Minister*innen und anderer Exekutivorgane nicht mehr als Grundlage für ihre gerichtliche Überprüfung dienen. **Diese Änderung kann den Weg für fehlerhafte, willkürliche oder parteiische Ausübungen der Regierungsgewalt ebnen, die auf die Menschenrechte oder die öffentlichen Interessen keine angemessene Rücksicht nehmen.**

4. **Wesentliche Aushöhlung der Rolle des/der Generalstaatsanwalts/-anwältin und der Rechtsberater*innen der Regierung als "Gatekeeper".** Die vorgeschlagene Gesetzgebung hebt deren Status als autorisierte Instanz der Rechtsauslegung für Behörden auf, macht ihre Gutachten unverbindlich und ermöglicht Staatsbeamt*innen einen breiten Zugang zu privater Rechtsberatung und -vertretung vor Gerichten. Regierungsvertreter*innen machten ihre Absicht klar, die Ernennungsverfahren für staatliche Rechtsberater*innen **zu ändern**, wodurch das Verfahren politisiert und deprofessionalisiert wird. Diese Änderungen werden es der Regierung und ihren Minister*innen ermöglichen, ihre Befugnisse unter Missachtung des Gesetzes auszuüben. Sie können Korruption in der Regierung fördern und die wirtschaftlich Stabilität Israels bedrohen.

- Neben der Schwächung der externen Kontrolle durch Gerichte und der internen Aufsicht über die Regierungstätigkeit durch die Rechtsberater*innen strebt die neu gewählte Regierung **weitere Maßnahmen an, die die übermäßige und unkontrollierte Machtausübung der Exekutive weiter festigen werden,** darunter die Stärkung des Einflusses der Politik auf die Polizei und das Militär, die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Einschränkung der Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen.

- Das *Forum* vertritt die Position, dass jede dieser Änderungen für sich genommen der Koalitionsmehrheit übermäßige Macht verleiht. Während ausgewogene Reformen des israelischen Rechtssystems in Betracht gezogen und gefördert werden könnten, sind die vorgeschlagenen Änderungen weit davon entfernt, ausgewogen zu sein. Viel schlimmer ist, dass diese Änderungen in ihrer Kombination zu einer fast **unbegrenzten Machtkonzentration in den Händen der Regierung** führen werden, die bereits jetzt die Knesset kontrolliert und in Zukunft auch die Justiz kontrollieren könnte. Dies stellt einen erheblichen Verstoß gegen die grundlegenden demokratischen Prinzipien der Gewaltenteilung, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtegarantie dar. Mit anderen Worten: **Die Gesetzesänderungen werden, wenn sie verabschiedet werden, das demokratische Regierungssystem, wie es derzeit in Israel besteht, grundlegend verändern.**

- Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Verabschiedung von Gesetzesänderungen, die das Regierungssystem grundlegend verändern, ist ihre Annahme durch einen breiten Konsens im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens, das eingehende Diskussionen und die Beteiligung aller relevanten politischen und professionellen Akteure umfasst. Das Verfahren, das die Koalition derzeit anwendet, ist bei Weitem nicht ausreichend. Die Gesetzesänderungen werden in einem beispiellos beschleunigten und fehlerhaften Verfahren vorangetrieben, das von der üblichen Gesetzgebungspraxis abweicht, rechtliche Beratungsmechanismen umgeht und eine eingehende fachliche und öffentliche Diskussion jeder einzelnen Änderung sowie der kumulativen Folgen der Änderungen insgesamt verhindert.

- In einem Versuch, die Gesetzesänderungen zu legitimieren, behaupten die Regierungsvertreter*innen, dass die Änderungen nicht von den üblichen Normen anderer demokratischer Länder abweichen. Diese Behauptung ist falsch. Obwohl einige der rechtlichen Regelungen, die die Regierung derzeit anstrebt, in demokratischen Ländern existieren, **gibt es kein einziges demokratisches Land der Welt, in dem eine Kombination all dieser Regelungen existieren würde.** Darüber hinaus gibt es in den meisten demokratischen Ländern andere Mechanismen zur Begrenzung der Macht der Exekutive, wie beispielsweise eine umfassende und bindende Verfassung, zwei gesetzgebende Kammern, ein präsidentielles Regierungssystem, eine föderale Struktur, regionale Wahlen oder die Unterordnung unter supranationale Gerichte, die Menschenrechte und grundlegende demokratische Prinzipien sichern. In Israel gibt es jedoch keinen dieser Kontroll- und Ausgleichsmechanismen. Die selektive Übernahme von Regelungen, die die Macht der Regierung in anderen Ländern stärken, ohne die Regelungen und Mechanismen zu deren Ausgleich, **wird in Israel zu einer lückenhaften Rechtsstruktur führen und das Land in eine Reihe mit Ländern stellen, die in den letzten Jahren schwere demokratische Rückschritte erlebt haben, wie die Türkei, Ungarn und Polen.**

- Schließlich ist wichtig zu betonen, dass die von der Regierung angestrebten Änderungen des Regierungs- und Rechtssystems **unumkehrbar sein könnten**. Die Schwächung der Ausgleichs- und Kontrollmechanismen wird es der Koalitionsmehrheit ermöglichen, ungehindert weitere Schritte zu unternehmen, die ihre Macht auf viele Jahre hinaus festigen werden. Einige der Pläne, die in den Koalitionsvereinbarungen auftauchen oder kürzlich von den Koalitionsmitgliedern verkündet wurden, deuten auf die Absicht hin, die Meinungsfreiheit von Oppositionellen einzuschränken, Inhalte zu Demokratie und Menschenrechten aus den Schullehrplänen zu streichen und sogar das Grundgesetz in Bezug auf die Knesset auf einer Weise zu ändern, die die derzeitigen Oppositionsparteien an der Teilnahme an künftigen Wahlen hindern würde. Wie die Erfahrungen anderer Länder der Welt zeigen, die demokratische Rückschritte erlebt haben, ist **die Einschränkung der Macht der Gerichte nur der erste Schritt auf dem Weg zur völligen Abschaffung der Demokratie**.

Das *Forum israelischer Rechtsprofessor*innen für Demokratie* ruft alle Personen in der Regierung und in der Knesset, die nicht bereit sind, sich an der Vernichtung der

Demokratie zu beteiligen, und alle, die Einfluss ausüben können, dazu auf, sich gegen die Bestrebungen zu wehren, einen Regimewandel herbeiführen, der der Regierung nahezu unbegrenzte Macht verleihen und die zivilgesellschaftliche und moralische Stärke des Staates Israel sowie sein internationales Ansehen beeinträchtigen würde.